

Erst die Sicherheit schafft Zuversicht und Perspektive

Solidarität sorgt für Gute Arbeit

Die Beschäftigten haben ihre Souveränitätsrechte (mehr Geld und mehr Wahlfreiheit) - in Bezug auf die regelmäßige Arbeitszeit hin - weiter ausgebaut und kollektiv-rechtlich in neue Tarifverträge vereinbaren können. Die Belegschaften in den Betrieben haben mit ihrer Gewerkschaft so eine Zeitenwende und einen Paradigmenwechsel um- und durchgesetzt. Um ihre Arbeitsverhältnisse zu vergleichen, zu bewerten und daraus zur Verbesserung gemeinsame Interessen zu formulieren, ist das solidarische und emanzipatorische Handeln im Miteinander ohne Option. Die Arbeitnehmer_innen machen ihre Gewerkschaft so zur Stimme der Arbeit und sie wissen, nur die reale Begegnung, nur im tatsächlich persönlichen Kontakt entstehen Vertrauen und Mut sich für die kollektiv-rechtliche Verbesserung einzusetzen, nur die Ur-Idee der gewerkschaftlichen Beteiligungsform im Betrieb schafft hohe Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit untereinander. Und die Arbeitnehmer_innen kennen die tatsächlich messbaren und in zahlreichen Studien nachgewiesenen Vorteile von Tarifverträgen.



Frank Hornschu

Geschäftsführer und Vorsitzender
Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB Kiel Region

Gute Arbeit sichert ein gutes Leben

Der Wandel war stets eine Konstante. Und die Gestaltung des Wandels im Sinne der Menschen war stets mit einer gewissen Ordnung und Sicherheit verbunden. Auch deshalb setzen sich die Arbeitnehmer_innen in ihren Gewerkschaften im DGB der Kiel Region für den Masterplan Gute Arbeit ein. Sie wollen ihre Vorstellungen und Interessen zu guter Arbeit (sozialversichert, tarifgebunden, mitbestimmt, ...) verankern. Dazu haben sie die dauerhaft institutionalisierten Dialoge zwischen Kommunalpolitik, Wirtschaftsakteuren und Gewerkschaften initiiert und konkret verwirklicht. Diesen Dialog um die Zukunft werden sie weiterhin intensivieren.

Die Ziele liegen auf der Hand: Sie wollen die Unsicherheit und die Ängste, die

a) in den atypischen und prekären Arbeitsverhältnissen liegen
und die

b) in der prognostizierte Austauschbarkeit durch die Anwendung der Informations- und Biotechnologie im Zuge der digitalen Transformation entstehen,
effektiv und effizient reduzieren.

Sie wollen die Fachkräftesicherung und Nachwuchsgewinnung zielgerichtet unterstützen: Dazu dient das DGB-Zertifikat Gute Arbeit, als besondere Auszeichnung von Arbeitgebern/Betrieben.

Die Arbeitsweltunordnung aufräumen

Die Erfahrung zeigt, die Arbeitnehmer_innen stärken sich selbst, auch individuell in ihren Rechtspositionen, wenn sie sich in Gewerkschaften zusammenschließen. Der Zusammenschluss entfaltet durch die kollektiv-rechtlichen Vereinbarungen und die betriebliche Mitbestimmung die Ordnungs- und Schutzfunktion. Und dies wiederum eröffnet die Chancen zum geschützten und angstfreien Arbeiten, in dem erst tatsächlich eine reelle Gestaltung im Wandel möglich wird. Das ist das, was die Arbeitnehmer_innen in ihren Gewerkschaften leisten können.

All diese - zumeist ehrenamtlichen - Bemühungen stoßen mit der sich verschärfenden Ungleichheit und Armut in unserer Gesellschaft an ihre Grenzen; ohne das konsequente Zurückdrängen der selbstzerstörerischen Kräfte des Marktes, der fortgesetzten Ausbeutung von Mensch und Natur wird es nicht gehen. Vielmehr sind Fairness und Ordnung, Schutz und Sicherheit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und deren gemeinwohlorientierten Entwicklungsfähigkeit, für die Arbeitswelt und die Loyalität in die demokratischen Institutionen entscheidend. Insofern ist der Gesetzgeber in Pflicht, denn die Gestaltung des Wandels braucht Zuversicht und Perspektive. Und die ergeben sich erst mit Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit, die wiederum auf Ordnung und Sicherheit beruhen. Ordnung und Sicherheit sind gerade in der mit Wucht stattfindenden digitalen Transformation, in der digital-vernetzten Revolution, in Zeiten von Big-Data, der künstlichen Intelligenz, der Installation von Smarten Fabriken und Städten sowie der digitalen Verknüpfung von Wertschöpfung von eminenter Bedeutung.

Und da werden sich die Arbeitnehmer_innen in den kommenden Wochen und Monaten auch mit der Diskussion um Hartz IV kümmern. Schon jetzt haben die Gewerkschaften erste Vorstellungen, etwa:

- gestaffelt nach Beschäftigungszeit ein längere Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld;
- Den konsequenten Ausbau der Rückfallvermeidung in Hartz IV verbunden mit
- Einem garantiertem Rechtsanspruch auf Hilfs- und Unterstützungsleistungen
- in dem bspw. die Angeboten durch INGA ausgebaut werden, verknüpft mit
- der Abschaffung von Hartz IV Sanktionen, die das Existenzminimum unterschreiten, weil sie die Rechtsansprüche untergraben und zugleich müssen sich
- die Zumutbarkeitskriterien, zur Aufnahme einer neuen beruflichen Tätigkeit, an Gute Arbeit orientieren.

Das Ende von Hartz IV wird nicht reichen

Mit dem Ende von Hartz IV ist es allerdings noch nicht getan. Warum nicht? Nun, schauen wir auf die Zahlen: Das Inlandsprodukt, also die Summe aller produzierten Güter, Waren und Dienstleistungen, hat sich in Deutschland seit 1990 verdoppelt. Was ist das für eine Wirtschaft, in der dieser Zuwachs - wohl gemerkt aus den Händen der Arbeitnehmer_innen - des Wirtschaftsertrages Armut in die Gesellschaft bringt? Um die Armut zu beenden, ist also weitaus mehr erforderlich als nur Hart IV beenden zu wollen.

Das Sozialstaatsprinzip wiederbeleben

Mit den zurückliegenden Reformen seit Mitte der 90er Jahre ist die Verunsicherung über die Verlässlichkeit des Sozialstaats entstanden. Seit dem wurde Schritt für Schritt das Sozialstaatsverständnis umdefi-

niert, die Deutung auf Mindestsicherung und Mindeststandards hin verwirklicht. Damit werden die individuellen und situationsbezogenen sozialen Notlagen (Unfall, Krankheit, Erwerbslosigkeit, Pflege, Alter) kaum kompensiert, da die Wirkung sich eben nicht an der Dimension und Eigenschaft der Lebens- und Erwerbsverläufe der Menschen bemisst. Obwohl gerade dies die zugrundeliegende Auffassung von Gleichheit und Gerechtigkeit der Menschen an den (Sozial-)Staat ist. Gerade dies prägt das Denken und Handeln der Menschen in einer sozialstaatlich demokratischen Kultur. Sie erwarten eine wirksame sozialpolitische Dimension: Der Staat hat die soziale Sicherheit für die Menschen, orientiert am individuell erreichten Status- / Lebensstandard, in die Zukunft hinein zu garantieren. Anders ausgedrückt: Wenn Regelleistungen der Sozialversicherungen (etwa Zahnersatz, qualitativ angemessene Pflegeleistungen) nicht mehr am Lebensstandard sondern an einem (deutlich abgesenkten) Mindeststandard bemessen werden, dann ist das im Bedarfsfall mit Einbußen des Lebensstandards verbunden - es überstrapaziert die Toleranz der Menschen und wird als inakzeptabel Zumutung empfunden. Die individuelle Verdienst und langjährigen Arbeitsanstrengungen werden so nicht garantiert, vielmehr wirken zunehmend die unkalkulierbaren Marktrisiken. Und das vermindert die Kontroll- und Planungsmöglichkeiten des eigenen Lebens und lässt die kollektive Verunsicherung anwachsen.

Inklusive Sozialpolitik

Um die Tendenzen der Gefährdung des sozialen Zusammenhalts einzudämmen, muss sich eine nachhaltige und moderne Sozialpolitik an zwei Grundprinzipien orientieren:

Das erste Grundprinzip wirkt darauf hin, dass soziale Integration für alle Menschen gleichermaßen durch Erwerbsteilhabe möglich ist. Durch die Digitalisierung nimmt die Bedeutung der Regulierung des Arbeitsmarktes wieder zu: Noch mehr als zuvor muss rechtlich auf den Arbeitsmarkt eingewirkt werden, um geschützte Arbeitsverhältnisse zu schaffen; vor allem muss das Recht neue digitale Geschäftsmodelle so regulieren, dass prekäre Erwerbsarbeitsverhältnisse gar nicht erst entstehen und arbeits- und tarifrechtliche Standards nicht unter Druck geraten. Zusätzlich werden - nicht zuletzt durch die veränderlichen Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt - massive Investitionen in öffentlich finanzierte Bildungsangebote erforderlich. Das sozialpolitische Leitbild für eine Strategie, die auf den Schutz von allen – auch gerade den besonders verwundbaren – Erwerbstätigen, zielt und der Vielfalt von Bedarfslagen Rechnung trägt, ist hingegen das einer inklusiven Gesellschaft. Inklusiv ist eine Gesellschaft, wenn sie durch die rechtliche Regulierung der Produktions- und Arbeitsbedingungen allen Menschen gleiche Chancen auf soziale Teilhabe eröffnet.

Status- und Lebensstandard sozialpolitisch sichern

Das zweite Grundprinzip muss darin bestehen, dass individuelle und über den Erwerbslebensverlauf unternommene Bemühungen und Leistungen wieder so anerkannt werden, dass im Bedarfsfall (Unfall, Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit, Elternschaft, Pflegebedürftigkeit) ein angemessener Lebensstandard gehalten werden kann. Um gesellschaftliche Akzeptanz und politische Loyalität nicht weiter bröckeln zu lassen, muss sich dieser Lebensstandard notwendigerweise an einem gesellschaftlich anerkannten Niveau und nicht an einem minimalen Leistungs- oder Sicherheitsstand orientieren. Die Sozialversicherungen gewährleisten hingegen immer weniger die Status- und Lebensstandardsicherung. Das ist aber genau das, was die Menschen zur Recht erwarten dürfen: Die leistungsgerechte Teilhabe; sie setzt die Umverteilung

der erwirtschafteten Gewinne und die gerechte sozialstaatliche Verteilung voraussetzt; sie eröffnet - staatlich garantiert und verbrieft - allen Menschen die gleichen Zugangschancen zu einem auskömmlichen Lebensstandard und schützt sie zuverlässig vor einer sozialen Abwärtsspirale.

Solidarität sichert die gesellschaftliche Ordnung

Die Parallelität von Inklusivität und Lebensstandardsicherung baut die gesellschaftliche Solidarität, die die leistungsstarken und leistungsschwachen Menschen in einer Gesellschaft miteinander verbindet, auf und ist damit die Basis des Zusammenlebens und Zusammenhalts in einer demokratischen und humanen Gesellschaft. Solidarität ist ein Resultat vielschichtig ausgehandelter und institutionalisierter Gegenseitigkeitsbeziehungen: Solidarität erwächst aus der Tatsache, dass alle Beteiligten – der Staat, die Menschen und die Wirtschaft –, die in einer staatlich verfassten Gesellschaft leben, aneinander durch belastbare Versprechen und Regeln gebunden sind. Der Vertrauensverlust in die politischen Institutionen und insbesondere in den Sozialstaat der vergangenen zwei Jahrzehnte erfordert daher mehr als ein fragmentiertes Nachbessern durch mehr oder weniger radikale Einzelmaßnahmen oder eine bloß rhetorische Abkehr von wirtschaftsliberalen Begründungsmustern für Sozialpolitik. Der (sozial-)politische Unterbau einer Hochleistungsgesellschaft muss gesellschaftliche Integration durch eine schützende Regulierung der Arbeitswelt für alle garantieren und gleichzeitig ein akzeptables Maß an Umverteilung und Teilhabe organisieren. Denn, eine moderne und vor allem demokratische Gesellschaftsordnung erhält nur dann ihre Legitimität – d. h. sie kann die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung nur dann bewahren –, wenn es ihr gelingt, die Wirksamkeit solidarischer Verhältnisse überzeugend darzustellen.

Wir haben die Wahl

Und bei alle dem und mit alle dem braucht es eine freie Gesellschaft. Denn ohne freie Gesellschaft gibt es keine freien Gewerkschaften. In diesem Jahr feiern wir 70 Jahre Grundgesetz. 70 Jahre Koalitionsfreiheit. 70 Jahre Sozialpartnerschaft. Und die Angriffe von außen und von innen zeigen uns, wir müssen die Demokratie verteidigen.

Für uns Gewerkschafter_innen ist die offensive Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen deshalb besonders wichtig, weil wir wissen, dass die Menschen, deren Interessen wir zu vertreten haben, ganz besonders „im Visier“ der Rechten stehen. Dies im doppelten Sinne: Die Programmatik der Rechtsextremen und Rechtspopulisten ist eindeutig neoliberal, also gegen die Interessen von Arbeitnehmer_innen gerichtet. Ihre Propaganda richtet sich gegen die Menschen und Geflüchteten, die in unserem Lande Schutz und Arbeit suchen. Die eigentliche Ursache von Arbeitslosigkeit, prekären Arbeitsverhältnissen und drohender Altersarmut ist jedoch die seit Jahren betriebene marktradikale und neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung, nicht die Migration. Neo-Faschisten, Rechtsextreme, Rechtspopulisten und Europafeinde lenken von dieser Ursache ab und damit von wirksamer Gegenwehr der betroffenen Menschen.

Die Wahl zum neuen Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 ist nicht trivial, sondern von großer Bedeutung. Denn dieses Gremium entscheidet über uns, über unsere Zukunft. Und da haben wir, die Arbeitnehmer_innen und ihre Gewerkschaften, ein extrem starkes Interesse daran, dass sich in diesem Parlament nicht noch mehr Neo-Faschisten, Rechtsextreme, Rechtspopulisten und Europafeinde wiederfinden. Deshalb rufen wir zur Wahl einer demokratischen Partei auf - wer Protest wählt, wählt gegen sich selbst, wählt gegen die eigenen Interessen und

stärkt den neo-faschistischen Populismus. Wir alle wissen, es kann keinen anderen Frieden als gemeinsamen und weltweiten Frieden, keinen anderen Wohlstand als den allgemeinen Wohlstand geben. Mit nichts als nationalistischen Traditionen voller Engstirnigkeit, Selbstsucht und Feindseligkeit bleibt für die Menschen kein anderer Weg als der ins Verderben.

Deshalb: Europa – jetzt aber richtig! Die Anforderungen der Gewerkschaften im DGB können im Netz unter <https://www.dgb.de/themen/++co++3408eb3e-bb2b-11e8-a06f-52540088cada> nachgelesen werden.